

Frieden ist Krieg – nicht mehr und nicht weniger

Rudolf Maresch

Frieden ist für mich zunächst nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Krieg ist latent und allgegenwärtig. Wir finden ihn auf den Straßen, in den Ghettos oder U-Bahnen unserer Städte ebenso wie in den Markt- und zwischenmenschlichen Beziehungen. Und diese Permanenz des Krieges gilt nicht nur für Diktaturen. Das haben so unterschiedliche Denker wie Hans-Magnus Enzensberger, Botho Strauss oder Wolfgang Sofsky in den neunziger Jahren nochmals unterstrichen, nicht ohne von allen „Friedfertigen“ dafür heftig gescholten zu werden. Mit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das nicht verändert, so schön sich „Pace“ auf Regenbogentüchern drapiert an Häuserwänden oder Gartenlauben macht und so emotional bewegend Frieden durch Gesänge und Andachten, Lichter- und Menschenketten „inszeniert“ wird.

Thomas Hobbes hat es, unter dem Eindruck des Dreißigjährigen Krieges, vor bald dreihundertfünfzig Jahren auf den Punkt gebracht. Im Kapitel 13 des Leviathan [1] heißt es: „Die Zeit aber, in der kein Krieg herrscht, heißt Frieden“. Im Frieden werden allenfalls „faktische Feindseligkeiten“ eingestellt, die vom „Vorsatz“ motiviert sind, „Gewalt mit Gewalt zu vertreiben“. Nach dem radikalen Aufklärer Hobbes erklärte später auch Michel Foucault den Frieden zum nachrangigen Phänomen. Auch für den Machtanalytiker war die Schlacht, der „ununterbrochene Kampf“ der eigentliche Zustand, und Frieden nur eine andere „Form des Krieges.“ [2]

Im Grunde haben wir es also hier mit einem höchst schillernden und trügerischen Begriff zu tun. Frieden bezeichnet danach einen gesellschaftlichen Zustand, der äußerst fragil und labil und eher Ausnahme als Normalfall ist. Mit dem Westfälischen Frieden von 1648 und der Geburt der Staaten ist „der Lärm der Waffen“ [3] damals zwar verstummt, aber der Krieg als solcher nicht beendet worden. Alles was wir seitdem für Ordnung stiftende und Frieden erhaltende Maßnahmen halten, Recht, Gesetz, Institution, Verträge usw. sind „im Blut und Schlamm der Schlachten“ geboren worden.

Gewiss gelang es, den Gesellschaftskörper nach und nach von kriegesischen Beziehungen zu säubern und den Bürgerkrieg in den zwischenstaatlichen Bereich zu verschieben. Der Krieg wurde darum auch bald zum Monopol eines staatlich kontrollierten Militärapparats. Der Staat setzte sich sozusagen an die Stelle der ständig „von Kriegsverhältnissen durchquerten Gesellschaft“ und sicherte den Bürgern, wenn sie auf die gewaltsame Durchsetzung egoistischer Interessen verzichteten und ihre Geschäfte ohne physische Gewalt regelten, seinen Schutz zu. Doch ist es meines Erachtens immer noch ein weit verbreiteter Irrtum zu glauben, dass mit Recht und Gesetz Sicherheit und eine Befriedung der Verhältnisse einkehrt. Unter der Ordnung tobt der Krieg, er wütet am Boden der sozialen Kommunikationen weiter. Nicht der Frieden, vielmehr „der Krieg ist Motor der Institution und der sozialen Ordnung“. Auf den Straßen Bagdads, in Basra und den anderen großen Städten des Irak, kann man das derzeit wieder gut beobachten, wo Plünderungen, Mord und Totschlag nur dann ausbleiben, wenn Polizei und Armee patrouillieren.

In Europa ist das über all die Jahre etwas in Vergessenheit geraten. Im Windschatten des Posthistoire konnten dank des Schutzschirmes amerikanischer Pershings und

Cruise Missiles postmoderne Diskurse prosperieren, die in Vernunft und Recht, in Dialog und Konsens (Habermas) einerseits und in grenzüberschreitender Kommunikation, in Handel und Verkehr (Luhmann) andererseits pazifizierende Wirkungen entdeckten und in ihrem Schlepptau Krieg treibende Plagen wie Fremdenhass, Chauvinismus, Nationalismus, Diktatur und Krieg verschwinden sahen. Solche angelsächsische Hoffnungen und Träume, die allesamt aus dem 18. und 19. Jahrhundert stammen, finden sich noch heute vielfach ausgeprägt. Zuletzt hat sie Norbert Bolz vollmundig verkündet. Im „konsumistischen Manifest“ glaubt er trotz Nine-Eleven fest an die neutralisierenden, entpolitisierenden und pazifizierenden Effekte, die Markt und Medien, Kommerz und Konsum auf Macht, Politik und Völker ausüben. „Der Konsumismus ist“, so lesen wir da, „das Immunsystem der Weltgesellschaft gegen den Virus fanatischer Religionen.“[4] Die Idee vom „ewigen Frieden“, in der die Menschen ihre Streitigkeiten durch Verhandlungen, Kooperation und Verträge lösen, sei folglich kein Hirngespinnst, sondern durchaus eine Realität, auf die wir uns unweigerlich zu bewegen. Vom Marktfrieden scheinen Leute wie Atta und bin Laden aber wenig überzeugt gewesen zu sein. Ausgerechnet im Konsumismus, im Rausch der Marken und Namen, im Sound der Diskotheken Kairos und Beiruts, fanden sie Motive und Gründe, um den dekadenten Westen auf eigenem Territorium zu attackieren.

Andererseits wissen wir aber auch, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges das Ausbrechen neuer blutiger Konflikte und Stammeskriege in Europa nur durch ein „Gleichgewicht des Schreckens“ verhindert worden ist. Schon die glaubhafte Androhung, den Feind notfalls mit einem atomaren Gegenschlag auszulöschen, hat Krieg verhindernd und Frieden erhaltend auf die beiden Großmächte und ihre Satelliten und Vasallen in Europa gewirkt. Und zwar auch dann noch, als fortschreitende Technik die Vorwarnzeiten auf ein Minimum verkürzten, die Ziel- und Treffgenauigkeit dieser Waffen erhöht wurde und erste Diskussionen über mögliche atomare Enthauptungsschläge aufkamen. Zu recht nennt man diese Zeit auch den Kalten Krieg. Wenn Paul Wolfowitz, James Woolsey und Eliot Cohen [5] jüngst ganz unverhohlen vom Dritten Weltkrieg sprechen, den die USA durch Wettrüsten und Eindämmung des kommunistischen Erzfeindes gewonnen hätten, dann ist das kein Zynismus, sondern eine präzise Beschreibung der damaligen Lage.

Dafür ist der Krieg in andere Regionen der Welt exportiert und dort stellvertretend zwischen den Blöcken ausgetragen worden. Der relative Frieden, der trotz Mauer und Todesstreifen über ein halbes Jahrhundert gehalten und der Bundesrepublik nie gekannten Wohlstand und Prosperität beschert hat, ist durch das Blut, den Schweiß und die Tränen unzähliger unschuldiger Opfer in Afrika, Fernost und Südamerika erkaufte worden. Das sollte man nicht vergessen, wenn plötzlich argumentiert wird, der Krieg sei nach 1989 wieder hoffähig und ein Mittel der Politik geworden. Das war auch vor 1989 nicht viel anders.

Dennoch ist auf zwei Unterschiede zu früher aufmerksam zu machen, die sich allerdings schon länger ankündigen und mit 1989 wenig zu tun haben. Kriege als solche gibt es nicht mehr. Der UN-Charta nach sind sie verboten. Seitdem werden sie nicht mehr „offen“ erklärt, sondern sind Teil „humanitärer Missionen“ oder „polizeilicher Maßnahmen“ zur Wiederherstellung von Ordnung und Sicherheit in failed states. Bis heute weigert man sich beharrlich, den Kosovo-Einsatz als Krieg zu bezeichnen. Als Jugoslawien von der Nato angegriffen wurde, lag der Nato weder ein Mandat des UN-Sicherheitsrates vor, noch hatte das Land zuvor ein Nato-Mitglied

angegriffen. Wegen dieser juristischen Probleme, die viele europäische Staaten am raschen Eingreifen hinderte, erklärte die Nato die völkerrechtswidrige Intervention schnurstracks zur humanitären Intervention. Wann aber ein solcher Fall vorliegt, ist bis auf den heutigen Tag ungewiss. Im Falle Ruandas oder Ost-Timors hielt die Nato diese Notstandssituation für nicht gegeben. Weswegen sie dort auch nicht humanitär interveniert hat. Daraus kann man nur den Schluss ziehen, dass im Zweifelsfall derjenige entscheidet, der souverän über eine solche Entscheidungsgewalt befinden kann. Kriege unter dem Deckmantel der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte zu führen und sie zu Befreiungsakten hoch zu stilisieren: dieser Sündenfall hat schon vorher stattgefunden. Das sollten alle diejenigen beherzigen, die den Irak-Feldzug zum völkerrechtswidrigen Akt erklären. Zwischen Macht und Moral, Macht und Recht erstreckt sich ein weites Feld. Schließlich versucht man neuerdings strikt zwischen Regierung und Volk, Führer und Bevölkerung zu unterscheiden. Angegriffen wird dann nicht mehr eine Nation, ein Staat oder ein Mitglied der internationalen Gemeinschaft, sondern Schurken und Banditen wie Saddam, Milosevic oder die Taliban, die sich einen Staat unter den Nagel gerissen haben und ihr Volk knechten. Diese versucht man dann von der zivilen Bevölkerung zu separieren und mit präzisen Luftschlägen auszuschalten, mit all den schrecklichen Kollateralschäden, die so ein Krieg unweigerlich mit sich bringt.

Der andere Unterschied betrifft die Ununterscheidbarkeit von Krieg und Frieden, von Kombattanten und Nicht-Kombattanten, von Zivilisten und Militärs. Sie verkörpert wie kein anderer der Partisan, [6] der historisch mit der technischen Entwicklung von Präzisions- und Fernlenkwaffen die Bühne betritt, mit der Zunahme humanitärer mission civilisatrice zum Normalfall wird und aktuell in Gestalt des Terroristen und asymmetrischen Kämpfers als zu bekämpfender Feind auftritt. Als irregulärer Krieger kämpft der Partisan jenseits des offenen Schlachtfeldes. Im Idealfall verteidigt er heimatlichen Boden gegen einen fremden Eroberer, mal mit Maschinenpistolen, Handgranaten und Plastikbomben, mal als Selbstmordbomber und bald vielleicht auch mit taktischen Atomwaffen. Insofern pflegt er, auch wenn er an trans-lokale Datennetze angeschlossen ist, mit Dollars und Befehlen nicht-staatlicher Organisationen versorgt wird und unerkannt im Feindesland operiert, eine autochthone Beziehung zu seiner Heimat. Außerdem trägt er keine Abzeichen und Uniformen mehr, sondern operiert aus dem Inneren der zivilen Gesellschaft. Während er tagsüber seinen bürgerlichen Geschäften und Verpflichtungen nachgeht, verwandelt er sich am Abend oder am Wochenende in einen irregulären Kämpfer.

Israel und (seit dem elften September) die USA haben als erste begonnen, sich auf diese asymmetrischen Kampfsituationen einzustellen. Donald Rumsfeld [7] hat den Krieg gegen den Terror folglich auch als einen Kampf bezeichnet, der sich stetig ändern und entwickeln wird. Mal wird er in Wüstenanzügen geführt, mal in Nadelstreifenanzügen von Bankern oder in schlampigen Klamotten von Programmierern. Sein Gefechtsfeld wird sich auf das Territorium des Feindes genauso erstrecken wie auf den Cyberspace. Von manchen Aktionen wird die Öffentlichkeit erfahren, von anderen wiederum nicht. Zu den Kombattanten werden Zollbeamte gehören, aber auch Diplomaten, die Kooperationen gegen Geldwäsche leiten.

„Wir alle wünschen den Frieden“, schrieb Carl Schmitt am Vorabend der Machtergreifung Adolf Hitlers. Die Frage wäre jedoch: Wer entscheidet darüber, „was Frieden und was Krieg ist“, darüber, was „ein erträglicher und ein unerträglicher

Zustand ist.“ Schmitts helllichtige Antwort darauf lautete schon damals: „die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika“. [8] Darum könnte es sein, dass genau andersherum ein Schuh daraus wird. Gerade in der Orientierung am „ewigen Frieden“, den das neue Rom wie die internationale Gemeinschaft aus je unterschiedlichen Motiven und Perspektiven anstreben, droht eher die Entfesselung des Krieges als dessen Einhegung und Eingrenzung. Auch das sei allen Pazifisten und Friedfertigen nochmals ins Stammbuch geschrieben.

II. Inwiefern die Positionen der unterschiedlichen global player in punkto Friedensdefinition und Friedensverständnis auseinander streben

Der Fall der Mauer, der Kollaps des sowjetischen Imperiums und das Ende der bipolaren Weltordnung war vielleicht ein historischer Wendepunkt, ein cutting edge, wie die Amerikaner zu sagen pflegen, aber alles andere als eine „strategische Verschnaufpause“. In den USA hat vielmehr ein Umdenkprozess stattgefunden. Dieser hat zu einer Haltung geführt, die Charles Krauthammer, Kolumnist der Washington Post, bereits im Winter 1990/91 in den *foreign affairs* als „unipolares Moment“ [9] bezeichnet hat und den universellen Nationalismus zur Staatsdoktrin erklärt. Demzufolge besitzt die Welt nur noch einen Pol. Mit der Unipolarität beginnt eine Periode, in der eine einzige Supermacht, nämlich die USA, sich über den Rest der internationalen Gemeinschaft erheben und die Welt nach ihren Interessen und Idealen gestalten. Fortan obliegt es der Stärke Amerikas und seiner Willenskraft, „eine unipolare Welt zu führen und ohne Scham die Regeln der Weltordnung festzulegen und sie auch durchzusetzen.“ Krauthammer dachte damals schon an einen Zeitraum von etwa dreißig oder vierzig Jahren, den dieser „neue Unilateralismus“ andauern könnte. Etwa zur gleichen Zeit hat Paul Wolfowitz, ein Schüler von Carl Schmitt und Leo Strauss, ein Papier vorgestellt, [10] in dem die künftige US-Außenpolitik in ihren Grundzügen bereits skizziert wird: Festschreibung der US-Dominanz, Préemption als vorbeugende Kriegsführung und Regimewechsel als legitimes Mittel der Politik.

Diese radikale und, wie wir heute wissen, „revolutionäre“ Um- und Neuorientierung der US-Außenpolitik ist von den meisten anderen Staaten und Nationen lange Zeit entweder ignoriert, oder nicht bemerkt, oder ihr ist keine große Bedeutung beigemessen worden. Auch dann noch nicht, als die USA angefangen haben, nach und nach internationale Vereinbarungen, Protokolle und Verträge mit anderen Staaten oder Organisationen zu brechen, zu kündigen oder rückgängig zu machen und allen Akteuren klar werden musste, dass Gulliver nicht mehr gewillt sein würde, sich von den Liliputanern moralisch oder rechtlich binden zu lassen. Der Luftkrieg über dem Kosovo, den die Europäer nur mit Hilfe der Amerikaner siegreich gestalten konnten, hat obendrein noch mal darüber hinweggetäuscht, dass Amerika mit Europa geostrategisch abgeschlossen und den Schwerpunkt seiner globalen Interessen inzwischen nach Zentralasien, in den Mittleren Osten und nach Fernost verlagert hat. Vielleicht haben sich die Europäer vom Lächeln und der Strahlkraft Bill Clintons ja auch blenden lassen und Signale aus der Administration, die längst einen „Multilateralismus à la carte“ (Richard A. Haass) auslobten, einfach überhört. Denn schon unter Bill Clinton und in der Amtszeit Madeleine Albright machte in Washington die Rede von der „indispensable nation“ die Runde; schon damals beschwerte man sich über die Macht, die Arroganz und Selbstüberschätzung des Hegemon; und schon 1996 war die Militärplanung auf der Prämisse gebaut, dass die USA in der Lage sein müssten, gleichzeitig zwei Kriege in verschiedenen Regionen

der Welt zu führen und zu gewinnen, eine Doktrin, die seit dem Nordkorea-Konflikt auf wackligen Füßen steht.

Zweifellos hat mit dem Antritt der Bush-Administration diese Politik neuen Schwung bekommen. Und zweifellos haben die Ereignisse vom elften September diesen Unilateralismus dramatisch beschleunigt. Seit der blutigen Außerkraftsetzung der Monroe-Doktrin am Potomac hat, und zwar quer durch die verschiedenen politischen Lager, eine intensive Gefahrenanalyse eingesetzt, die im Terrorismus, in der Proliferation und in der Existenz von rogue oder failed states die größte Bedrohung für die Sicherheit des Landes ausmacht. Seitdem hat die US-Regierung das „Interventionsverbot raumfremder Mächte“ auf den gesamten Planeten ausgeweitet. „Dieses Land ist in Bewegung“, wie James Woolsey meint. [11] In jeder Ecke und in jedem Winkel dieser Erde könnte der Feind lauern und mit Massenvernichtungswaffen die Sicherheit des Landes bedrohen, an der Heimatfront ebenso wie im Ausland, namentlich und geografisch im Greater Middle East. Nach Huntington und Brzesinski haben vor allem Pollack und Asmus, [12] zwei ehemalige Clinton-Berater, den Greater Middle East zum „Rechteck der Gewalt“, „Hexenkessel“ und „geopolitischen Pulverfass“ erklärt und diese Region geografisch lokalisiert und eingegrenzt. Sie reicht inzwischen von Marrakesch bis Bangladesh und schließt die kaukasischen und zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion im Norden ebenfalls ein wie die failed states am Nil oder am Horn von Afrika. Nach dem Attentat in Kuta-Beach auf Bali wird diese Gegend wohl bis nach Indonesien erweitert werden. Seitdem hat diese Region, die sich modernitätsfeindlich gibt, von „unfähigen Führern regiert“ und über ein Sechstel der Weltbevölkerung beherbergt, deren Mehrzahl davon dem Islam angehört, die besten Chancen, die Nachfolge des einstigen „Reichs des Bösen“ anzutreten.

In Europa hat eine solche geopolitische Analyse vergleichsweise nicht stattgefunden. Hier sonnt man sich nach wie vor im Pazifismus und Anti-Militarismus und weigert sich, soziale Ressourcen in militärische Programme umzuleiten und ihre Armeen zu modernisieren. Die Friedensdividende, die der Zusammenbruch des Sowjetimperiums den Europäern gewährt hat, setzt man lieber in wirtschaftliche Prosperität um, statt in den Aufbau mobiler Eingreiftruppen. In einem Beitrag für die *Neue Züricher Zeitung* bemerkte der US-Soziologe Mark Lilla kürzlich süffisant [13], dass die Rééducation, die den Deutschen nach dem Krieg zu Teil wurde, offensichtlich so nachhaltig gewirkt hat, sodass sie jetzt zu keiner militärischen Verteidigung ihrer Freiheit und Sicherheit mehr in der Lage wären.

Zwar teilt man die Einschätzung der US-Strategen, was die Gefahr des Terrorismus und der Proliferation angeht, weitgehend. Doch wie man auf diese Herausforderungen reagieren soll, mit militärischer Préemption (Hard Power) oder mit Kooperation (Soft Power), das ist höchst umstritten und darin unterscheiden sich alte und neue Welt grundlegend. Das Risiko, das von failed oder rogue states ausgeht und durch Entwaffnungskriege minimiert werden soll, erachten die Europäer für höher als die Beseitigung dieses Risikos. Robert Kagan hat das zu dem gern und viel zitierten Vergleich verleitet, dass die Europäer eben auf der Venus und die Amerikaner auf dem Mars lebten. [14]

Im Grunde will er damit aber nur sagen, dass die Europäer als lokale Macht mehr auf die Macht internationaler Institutionen und des Völkerrechts vertrauen, auf die Lösung von Konflikten und Meinungsverschiedenheiten durch Diplomatie, Dialog und

Recht (Soft Power), während die USA als global operierende Macht sich mit einem solchen „posthistorischen Paradies von Frieden und relativem Wohlstand, das der Verwirklichung von Kants ‚Ewigen Frieden‘ gleichkommt“ [15], weder begnügen noch anfreunden könnten. Nach amerikanischem Verständnis gelten außerhalb der von Markt, Handel und Demokratie befriedeten Zonen nach wie vor die Gesetze des Dschungels. Wer dort operieren und geschäftlich wie politisch reüssieren will, dem nützt eine postkonventionelle Moral dort herzlich wenig. In einer Hobbes'schen Welt, in der Gewalt, Terror und Anarchie herrschen, müsste man sich den rauen Gepflogenheiten anpassen und nach den Gesetzen des Dschungels verfahren.

Was 1990 angesichts der Verflüssigung der alten Weltordnung und des möglichen Aufstiegs politischer Rivalen in Europa (EU) oder in Fernost (Japan, China) noch als kühne Prognose galt, hat sich binnen eines Jahrzehnts in eine „unipolare Ära“ [16] ausgeweitet. Die USA sind jetzt nicht nur die einzige Weltmacht, die zwischen ihren Interessen und denen der Menschheit keinerlei Unterschiede mehr machen, sie setzen diese uneingeschränkte Dominanz auch ein, um Demokratie und Frieden in jede Region der Welt zu tragen. James Woolsey, der ehemalige CIA-Direktor, hat anlässlich der Einnahme Bagdads diese Mission soeben noch mal unmissverständlich verkündet: „In diesem Konflikt geht es nicht allein um den Kampf gegen den Terror. Es geht vor allem darum, Demokratie in jene Teile der arabischen und moslemischen Welt zu bringen, die unsere freiheitliche Zivilisation bedrohen.“ [17]

Seit dem Amtsantritt der Bush-Administration hat die Welt es nun mit einer Regierung zu tun, die ihren imperialen Anspruch nicht mehr verdeckt oder hinter vorgehaltener Hand vertritt, sondern offen-aggressiv und expansiv-missionarisch. Das Wolfowitz-Paper, das nach massivem Protest aus dem Weißen Haus von Dick Cheney damals in wesentlichen Teilen entschärft werden musste, hat Eingang in die Nationale Sicherheitsstrategie 2002, die so genannte Bush-Doktrin, [18] gefunden. Die heilige Trinität: [19] Dominanz, Préemption und Regimewechsel ist endlich auch offizielle US-Außenpolitik. Der „neue Unilateralismus“, den Charles Krauthammer in *The National Interest* gerade auf den neuesten Stand gebracht hat, [20] tritt explizit und schamlos für ein Festhalten an Alleingängen ein, für die Aufrechterhaltung einer von keinem Rivalen bestrittenen Dominanz. „Es könnte sehr lange dauern“, stellt er fest, „bis wir die einzige und größte Bedrohung, nämlich Massenvernichtungswaffen in der Hand so genannter Schurken- oder Risikostaaten, erfolgreich gestaltet haben. Das wird eine aggressive und dreiste Anwendung unipolarer Macht erfordern, die keinen Rückfall in einen lähmenden Multilateralismus erlauben wird, wie noch in den neunziger Jahren. Die Zukunft der unipolaren Ära hängt davon ab, ob die USA von denen regiert werden, die eine Beibehaltung, Vermehrung und Anwendung von Alleingängen wünschen, um ihre globalen und nicht nur amerikanischen Ziele zu erreichen, oder von jenen, die das nicht wollen.“ Über die Dauer dieser „unipolaren Ära“ wird folglich in Washington D.C. entschieden, [21] und zwar nach amerikanischen Regeln, und nicht in eurasischen Hauptstädten oder am Hudson River in New York.

Auf diesen neuen „Nomos der Erde“, den das neue Rom allen anderen diktiert, hat die übrige Welt bislang sehr unterschiedlich reagiert. Scharen sich die einen um Markt und Macht wie die Briten, die Spanier und viele der osteuropäischen Staaten, formieren sich Alteuropäer mit Moskau zu einer „eurasischen Gegenmacht“. Ob diese neue Achse, die den geopolitischen Traum Karl Haushofers revitalisiert,

wirklich in der Lage ist, zum Rivalen und Gegenspieler des neuen Roms zu avancieren, der die territoriale Ausweitung der Pax Americana einhegen könnte, scheint schon wegen der unterschiedlichen Interessenlagen dieser Staaten höchst fraglich. Wahrscheinlich ist, dass sich zumindest Berlin wieder an Washington heranrobben wird, und die Zeche in Bagdad für sein ungebührliches Betragen bezahlen wird. Die Anzeichen dafür mehren sich.

Wenn der Schein nicht trügt, dann werden wir bald Zeuge weiterer Entwaffnungskriege sein, die unter dem Vorwand der Beseitigung von Massenvernichtungswaffen die Befreiung unbotmäßiger Staaten von diversen Schurken und Tyrannen zum Ziel hat. [22] Offen spricht man nicht mehr vom „Kampf der Kulturen“, sondern bereits vom Vierten Weltkrieg, den man gegen den „militanten Islam“ zu führen gedenkt. Schon werden, nachdem Saddam vertrieben ist, im Irak das blanke Chaos herrscht und ein Bürger- und Partisanenkrieg droht, Drohkulissen in Richtung Damaskus errichtet. Das Land muss kooperieren, heißt es gleichlautend aus dem Munde Bushs, Rumsfelds und Powells, kooperieren nach den Regeln, die Washington festlegt. Stimmen die Meldungen, dann hat das US-Militär an der irakisch-syrischen Grenze bereits massive Truppenverbände mit Panzern und Hubschraubern zusammengezogen.

Andere Staaten tun mithin gut daran, Vorsorge zu treffen und massiv aufzurüsten, um sich gegen mögliche Attacken des Imperiums zu wappnen. Die Liste potentieller Angriffsziele ist bekanntlich sehr lang. [23] Über sechzig Staaten sollen sich auf der Agenda befinden. Neben Syrien dürfte es vor allem Teheran und Beirut an den Kragen gehen. Schutz davor bieten, und dies ist die Lehre aus dem Dritten Weltkrieg, allein der Besitz und die ständige Modernisierung von Atomwaffen und ihrer Trägersysteme. Auch Alteuropa wird um diese Entscheidung nicht herumkommen. Immerhin verfügt Alteuropa mit der force de frappe über diese Option, nachdem der Ärmelkanal für die Briten breiter als der Atlantik ist.

Bleiben noch die alten Organisationen: die Uno, die Nato und die EU. Die EU ist tief gespalten und wird mit der EU-Osterweiterung auf Jahre hinaus ökonomisch wie politisch gelähmt sein; die Nato hat sich längst überholt und ist trotz Henry Kissingers flammender Rettungsversuche [24] nicht mehr zu retten; die Uno wiederum, auf die sich die Hoffnungen aller Liliputaner richten, den Koloss doch noch irgendwie zu fesseln, hat sich (wie schon in der Vergangenheit, im Nazi-Deutschland, in Südkorea, in Ruanda oder auf dem Balkan) als „Schwatzbude“ [25] und Papiertiger erwiesen. Als eine Art besseres Rotes Kreuz werden sie höchstens noch zu Aufräumarbeiten oder zur Organisierung humanitärer Hilfe benötigt. Auch das hat das Imperium bereits unmissverständlich klargemacht. Für eine künftige Welt- und Friedensordnung werden sie nicht mehr gebraucht. Künftig will man anderen Ländern zwar das „Recht auf eine andere Meinung“ zugestehen, aber „kein Vetorecht“ mehr. [26] Zumal dann, wenn es gilt, andere Länder vom Joch grausamer und gefährlicher Tyrannen zu befreien, und das Leben amerikanischer Soldaten zu riskieren nicht mehr von der Zustimmung so unbedeutender Staaten wie Guinea, Kamerun oder Angola abhängig sein will. [27]

Fußnoten

1. Thomas Hobbes, Leviathan, Cambridge, 1991.
2. Michel Foucault, Dispositive der Macht, Berlin 1978, S. 40.

3. Michel Foucault, Vom Licht des Krieges zur Geburt der Geschichte, Berlin 1986, S. 11 ff.
4. Norbert Bolz, Das konsumistische Manifest, München 2002. S. 16.
5. "The Cold War was World War III", in: Eliot A. Cohen: "World War IV. Let's call this conflict what it is", <http://www.opinionjournal.com/editorial/feature.html?id=95001493>.
6. Carl Schmitt, Theorie des Partisanen, Berlin 1995, S. 72 ff.
7. „Defense Secretary Rumsfeld on America’s New Kind of War“, in: New York Times vom 27.9.2001.
8. Carl Schmitt, „Völkerrechtliche Formen des modernen Imperialismus“, in: ders., Positionen und Begriffe, Berlin 1994, S. 199.
9. Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment“, in: Foreign Affairs 1/1991
10. „Professor War“, in: Spiegel Online, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,241028-2,00.html> vom 17.3.2002.
11. So Woolsey in: „World War IV“, <http://www.melchinger.com/war/WW4.htm>.
12. Kenneth M. Pollack und Ronald D. Asmus, „The New Transatlantic Project“, in: Policy Review 115/2002, <http://www.policyreview.org/OCT02/asmus.html>.
13. Mark Lilla, „Ist die ‚Umerziehung‘ zu weit gegangen?“, in: Neue Züricher Zeitung vom 5.4.2003, <http://www.nzz.ch/dossiers//2003.04.05-fe-article8RKX6.html>
14. Robert Kagan, „Power and Weakness“, in: Policy Review 114/2002, <http://www.policyreview.org/JUN02/kagan.html>.
15. Robert Kagan, Macht und Ohnmacht, Berlin 2003, S. 7.
16. So jetzt Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment Revisited“, in: The National Interest, Nr. 70, Winter 2002/2003
17. James Woolsey, „Der Vierte Weltkrieg“, in: Die Welt vom 11.4.2003, <http://www.welt.de/data/2003/04/11/69821.html>.
18. <http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.pdf>.
19. Ken Jowitt, „Rage, Hubris, and Regime Change“, in: Policy Review Nr. 118, April/May 2003, <http://www.policyreview.org/apr03/jowitt.html>.
20. Charles Krauthammer, „The Unipolar Moment Revisited“, a.a.0., (eigene Übersetzung).
21. Zbigniew Brzezinski, Die einzige Weltmacht, Frankfurt/M 1999, S. 49 f.
22. Dass der Irak-Krieg nur das Ende eines Anfangs ist, meint auch William Kristol. Vgl. ders., „The End of the Beginning“, in: Weekly Standard vom 12.5.2003, <http://www.weeklystandard.com/Content/Public/Articles/000/000/002/627wndwf.asp>.
23. Das kann man zwischen den Zeilen lesen. Vgl. James Woolsey, „Der Vierte Weltkrieg“, a.a.0.
24. Henry Kissinger, „Das Bündnis retten“, in: Die Welt vom 13.4.2003.
25. Richard Perle, „Thank God for the death of the UN“, in: The Guardian vom 21.3. 2003.
26. Richard Perle, „Im Moment sind wir mit dem Irak beschäftigt“, in: Berliner Zeitung vom 26.3.2003, <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/politik/230551.html>.
27. Charles Krauthammer, „A Costly Charade At the U.N“, in: Washington Post vom 28.2.2003.